

Denis M. Tull:

Zeitenwende in der französischen Afrikapolitik

SWP-Aktuell, Nr. 44, Oktober 2005

Denis M. Tull, Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Naher Osten und Afrika“ der Stiftung für Wissenschaft und Politik in Berlin, beschäftigt sich in seinem Beitrag über die Neuorientierung der französischen Politik gegenüber Afrika südlich der Sahara mit dem Abgehen vom Prinzip der unilateralen Intervention zu mehr Multilateralisierung. Eines scheint für den Autor vorweg klar: Frankreich möchte weiterhin ein wichtiger Akteur der europäischen Afrikapolitik sein, jedoch müssen Veränderungen stattfinden.

Diese bestehen einerseits in der Reduzierung der französischen Militärbasen in Afrika von fünf auf drei. Die verbleibenden Basen werden in die neuen afrikanischen Sicherheitsstrukturen eingebaut. Zum anderen sollen die verbleibenden französischen Militärstrukturen für die europäischen Partner als Instrument der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU verstärkt geöffnet werden.

Afrika hat traditionell einen hohen Stellenwert in der französischen Außenpolitik, doch der Wegfall des Ost-West-Konfliktes, der Wechsel der französischen Politikergeneration, missglückte französische Aktionen (Ruanda, Zaire), politische Skandale und steigende Kosten der französischen Afrikapolitik machten schon unter Außenminister Lionel Jospin ein Um- und Überdenken notwendig. Die Folgen waren unter anderem eine deutliche Senkung der Entwicklungshilfe für Afrika sowie die Eingliederung des Entwicklungshilfeministeriums in das Außenministerium. Die Förderung der Demokratie- und Menschenrechte und die geplante Zusammenarbeit mit Großbritannien schritten auch nicht im erwarteten Ausmaß voran.

Tull ortet eine gewisse Orientierungslosigkeit in der Afrikapolitik unter Jospin. Nach 2002, unter Außenminister Dominique de Villepin, ist aber die Bedeutung Afrikas für Frankreich wieder im Steigen. Der bilaterale Anteil der Entwicklungshilfe wurde wieder angehoben, politische Alleingänge (Togo, Simbabwe) sollten dazu

dienen, das nationale Selbstverständnis und den internationalen Status zu heben. Die Krisen in der Elfenbeinküste und in Ituri boten Möglichkeiten zu aktivem Handeln. Die Militärintervention „Artemis“ wurde als erfolgreiche gemeinsame europäische Aktion im Sinne des Multilateralismus unter maßgeblicher und herausragender Beteiligung der französischen Armee gefeiert. Anders bewertet wurde die anfangs unilaterale Vorgangsweise in der Elfenbeinküste mit der Intervention „Licorne“, die nachträglich durch den UN-Sicherheitsrat legitimiert worden war. Frankreich sah sich in dem Konflikt als „neutrale“ Interventionsmacht – mit dem Erfolg, dass unter Regierungschef Laurent Gbagbo die antifranzösische Stimmung so drastisch wurde, dass 10 000 Franzosen evakuiert werden mussten. Die französische Enttäuschung zeigte sich in der Aufgabe der Militärbasis. Frankreich hatte immer gehofft, im frankophonen Afrika ein wichtiger Akteur zu sein und zu bleiben. Der schwere politische Schlag in dem einstigen französischen Juwel Elfenbeinküste schmerzte da natürlich sehr.

Man hat nach Meinung des Autors in Paris erkannt, dass eine Abkehr vom unilateralen Handeln in Afrika nicht aufzuhalten ist. Frankreich versucht nun, seinen Einfluss und sein Engagement mit der Unterstützung der afrikanischen Regionalorganisationen und mit einer verstärkten Beteiligung in multilateralen Einsätzen der UNO oder EU einzubringen. Aktionen wie Artemis werden die Zukunft sein: Die politische Verantwortung und die finanziellen Kosten müssen nicht alleine getragen werden, jedoch kann die Führungsrolle Frankreichs in der Afrikapolitik damit weiter bestehen bleiben, ohne dass man Gesicht und Einfluss verliert.

Tull gibt der deutschen Bundesregierung den Rat, und dies gilt wohl für die anderen europäischen Staaten ebenso, sich als gleichberechtigter Partner Frankreichs in der Afrikapolitik zu positionieren und sich nicht instrumentalisieren zu lassen. Dieser Rat erscheint sehr einleuchtend, denn viele europäische Armeen (wie auch die österreichische) sehen einen wichtigen Teil ihres neuen Handlungsgebietes in der internationalen Konfliktprävention und -lösung. Hier gilt es dann, die eigenen Standpunkte und Aktionen einzubringen, um nicht „Erfüllungsgehilfe“ für andere zu werden.

Ursula Sedlaczek